



## Niederschrift

### 14. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

---

**Sitzungstermin:** Mittwoch, 12.02.2020  
**Sitzungsbeginn:** 17:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 20:48 Uhr  
**Ort, Raum:** R. 280 a, Stadthaus

---

#### Anwesend sind:

##### Ausschussvorsitzender

Herr Mike Schubert

##### Ausschussmitglieder

Frau Imke Eisenblätter  
Herr Daniel Keller  
Frau Janny Armbruster  
Herr Andreas Walter bis 20:35 Uhr  
Herr Dr. Gert Zöller  
Frau Dr. Sigrid Müller  
Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg  
Herr Stefan Wollenberg  
Herr Götz Thorsten Friederich bis 20:30 Uhr  
Frau Anna Lüdcke bis 18:00 Uhr / ab 18:30 Uhr  
Herr Björn Teuteberg  
Herr Wolfhard Kirsch

##### stellv. Ausschussmitglieder

Frau Dr. Sarah Zalfen  
Herr Dr. phil. Wieland Niekisch ab 18:00 Uhr bis 18:30 Uhr  
Herr Lutz Boede  
Frau Julia Laabs  
Herr Ambros Josef Tazreiter bis 20:20 Uhr

#### Nicht anwesend sind:

##### Ausschussmitglieder

Herr David Kolesnyk entschuldigt  
Frau Jenny Pöller entschuldigt  
Herr Daniel Zeller entschuldigt

#### Schriftführerin:

Frau Karin Klingner, Büro der Stadtverordnetenversammlung

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1**            **Eröffnung der Sitzung**
  
- 2**            **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über  
eventuelle Einwendungen gegen die Niederschriften des öffentlichen Teils  
der Sitzungen vom 15.01.2020 und 24.01.2020**
  
- 3**            **Einladung des Geschäftsführers des Studentenwerkes Potsdam zur  
Berichterstattung  
gemäß Beschluss: 19/SVV/0918**
  
- 4**            **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**
  
- 4.1           Städtebaulicher Vertrag Universität Potsdam, Stiftung Preußische Schlösser  
und Gärten, Stadt Potsdam  
Vorlage: 19/SVV/1300  
Fraktion DIE LINKE  
HA zur Erledigung
  
- 4.2           Aufgabe des ins Kuratorium der Stiftung Garnisonkirche entsendeten Mitglieds  
der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 19/SVV/1166  
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters
  
- 4.3           Wiederaufbau der Garnisonkirche in ihrer historischen Form  
Vorlage: 20/SVV/0024  
Fraktion CDU
  
- 4.4           Information über eingereichte Gefährdungsanzeigen in der Kinikgruppe "Ernst  
von Bergmann"  
Vorlage: 19/SVV/1411  
Fraktion DIE aNDERE  
HA zur Erledigung
  
- 4.5           Fortführung Extavium  
Vorlage: 20/SVV/0021  
Fraktion DIE LINKE  
HA zur Erledigung
  
- 5**            **Mitteilungen der Verwaltung**
  
- 5.1           Weiteres Vorgehen "Minsk"  
Vorlage: 20/SVV/0121  
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

- 5.2 1. Kooperationsbericht zur interkommunalen Zusammenarbeit  
Vorlage: 20/SVV/0133  
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters
- 5.3 Information zum Anforderungsprofil Uferwegbeauftragter
- 5.4 Sachstand bezüglich der Veröffentlichung der Stellungnahmen zur Erwähnung  
des Freilands im Verfassungsschutzbericht  
GB Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- 6 Sonstiges**

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschriften des öffentlichen Teils der Sitzungen vom 15.01.2020 und 24.01.2020**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 17 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden öffentlichen Tagesordnung bittet er um die Erweiterung folgender Punkte unter „Sonstiges“:

- Information über die Möglichkeit einer Rückkehr der Klinikgruppe „Ernst von Bergmann“ in die Tarifbindung.  
(von der Fraktion CDU gewünscht)
- Informationen zum Cyber Angriff auf die IT-System der Verwaltung der LHP, Folgen, eingeleitete Präventionen und mögliche Abflüsse oder Kompromittierung von Daten.  
(von der Fraktion CDU gewünscht)
- Stand der Ausschreibungen Fachbereichsleitungen  
(von der Fraktion DIE LINKE gewünscht)
- Projektstruktur Campus  
(vom Oberbürgermeister gewünscht)

Die so ergänzte **Tagesordnung** wird einstimmig **bestätigt**.

Im Übrigen wurde Rederecht von Frau Anna Leetz, wissenschaftliche Leitung Extavium, für Herr Dr. Werner zum Tagesordnungspunkt 4.5, betr. Fortführung Extavium, DS 20/SVV/0021, Fraktion DIE LINKE, beantragt.

Das **Rederecht** wird einstimmig **bestätigt**.

Zur **Niederschrift der 11. öffentlichen Sitzung** des Hauptausschusses vom 15.01.2020 und zur **Niederschrift der 13. (außerordentlichen) öffentlichen Sitzung** des Hauptausschusses vom 24.01.2020 gibt es keine Hinweise; die Niederschriften werden einstimmig **bestätigt**.

**zu 3 Einladung des Geschäftsführers des Studentenwerkes Potsdam zur  
Berichterstattung  
gemäß Beschluss: 19/SVV/0918**

Herr Heiß, Geschäftsführer des Studentenwerkes Potsdam, stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation (dem Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt) die Arbeit des Studentenwerkes vor. Dabei geht er darauf ein, wer in Potsdam studiert, nennt die Zahlen aus dem Jahr 2019 und gibt einen Ausblick auf das Jahr 2020. Hier insbesondere zu den Themen: Bauen und Sanieren, Verpflegung, Studienfinanzierung, Kultur und Nachhaltigkeit sowie Studierendenstadt Potsdam. Im Anschluss beantwortet er die Nachfragen der Hauptausschussmitglieder zur Wohnraumversorgung.

Der Oberbürgermeister dankt Herrn Heiß für seine Ausführungen und schlägt eine regelmäßige Berichterstattung im Hauptausschuss vor.

**zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

**zu 4.1 Städtebaulicher Vertrag Universität Potsdam, Stiftung Preußische  
Schlösser und Gärten, Stadt Potsdam  
Vorlage: 19/SVV/1300  
Fraktion DIE LINKE  
HA zur Erledigung**

Herr Wollenberg beantragt namens der Fraktion DIE LINKE, den Antrag zurückzustellen.

**Abstimmung:**

Den Antrag auf **Vertagung** der DS 19/SVV/1300 wird

mit Stimmenmehrheit **angenommen**.

**zu 4.2 Aufgabe des ins Kuratorium der Stiftung Garnisonkirche entsendeten  
Mitglieds der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 19/SVV/1166  
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters**

Aus der Anhörung in der Sondersitzung des Hauptausschusses am 24.01.2020, so der Oberbürgermeister, habe er mitgenommen, dass unter Berücksichtigung

der Eigentumsverhältnisse und Nutzerinteressen die Ideen zur Entwicklung der Fläche, wie zum Beispiel eine Gedenkstätte, ein Lern- und Kulturstandort, aber auch der Erhalt des Rechenzentrums, in die weitere Diskussion einzubeziehen sind.

Er zeigt einen möglichen Kompromissweg in 4 Phasen auf:

- 1. Phase: Abstimmung des Verfahrens, d.h. gemeinsam bis zum Sommer die Art und Weise besprechen,
- 2. Phase: ein inhaltliches Konzept bis 2021 erarbeiten,
- 3. Phase: Erstellung eines architektonischen Konzeptes
- 4. Phase: planerisch mit Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung untersetzt.

Herr Boede schlägt als Moderator für das weitere Verfahren die WerkStatt für Beteiligung vor. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass dieses eine von vielen anderen Möglichkeiten sei, er sich jetzt aber nicht festlegen werde.

Nachdem er den weiteren Weg skizziert hat, sagt er zu, dieses schriftlich für eine Diskussion in den Fraktionen vorzulegen. Anschließend beantwortet er die Verständnisfragen der Hauptausschussmitglieder bezüglich dieser Vorlage.

Nach einer kontroversen Diskussion kristallisiert sich heraus, dass sich die Mehrheit der Hauptausschussmitglieder für eine offene Debatte sowie ein klares Mandat mit der Untersetzung der Aufgaben und Festlegung der Stellvertretung ausspricht. Der Oberbürgermeister nimmt den Vorschlag zu einer Trennung der Vorlage zum einen für das Mandat und zum anderen für die Untersetzung der Aufgaben des Mandats auf und beantragt, diese Vorlage bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses zurückzustellen.

#### **Abstimmung:**

Der Antrag auf **Vertagung** der DS 19/SVV/1166 bis zur Sitzung des Hauptausschusses am 26.02.2020 wird

einstimmig **angenommen**.

### **zu 4.3 Wiederaufbau der Garnisonkirche in ihrer historischen Form**

#### **Vorlage: 20/SVV/0024**

Fraktion CDU

Herr Friederich bringt den Antrag namens der Fraktion CDU ein und schlägt vor, diesen bis zur Ausgestaltung der Vorlage 19/SVV/1166 zurückzustellen.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass sich die beiden Anträge gegenseitig ausschließen. Seine Vorlage beinhalte einen offenen Prozess, der o. g. Antrag hingegen lege sich auf eine Variante fest. Er plädiert dafür, diesen Antrag zurückzuziehen.

Namens der Fraktion DIE aNDERE spricht sich Herr Boede dafür aus, den Antrag heute abzustimmen und diesen abzulehnen. Dem Vorschlag des Oberbürgermeisters schließt sich Herr Keller an; für die Fraktion DIE LINKE,

erklärt Herr Dr. Scharfenberg, dass die Anhörung vom 24.01.2020 eine eindeutige Minderheit für die Variante des Oberbürgermeisters ergeben habe. Den Antrag zurückzustellen, so Herr Wollenberg mache wenig Sinn, weil dies dann bis 2024 erfolgen müsste.

Da die antragstellende Fraktion dabei bleibt, die DS abstimmen zu wollen:

**Antrag zur Geschäftsordnung:**

Herr Teuteberg beantragt die Vertagung dieses Antrages.

**Abstimmung:**

Der Antrag auf **Vertagung** der DS 20/SVV/0024 wird

**mit 10 Nein-Stimmen abgelehnt,**

bei 5 Ja-Stimmen.

Anschließend folgt Herr Friederich der Empfehlung, diesen Antrag **zurückzuziehen**, wogegen sich kein Widerspruch erhebt.

**zu 4.4 Information über eingereichte Gefährdungsanzeigen in der Klinikgruppe**

**"Ernst von Bergmann"**

**Vorlage: 19/SVV/1411**

Fraktion DIE aNDERE

HA zur Erledigung

Herr Boede bringt den Antrag namens der Fraktion DIE aNDERE ein. Herr Keller merkt an, dass mit diesem Antrag ein absolutes Misstrauen in die Verwaltung ausgedrückt werde. Er bittet darum, künftig solche Aussagen zu unterlassen; der Antrag sei abzulehnen.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass er rechtlich nicht dazu verpflichtet sei, diese Informationen zu erteilen. Die Zahl an Überlastungsanzeigen an sich, sage auch nichts zu dem Umgang damit aus. Er lehnt die Vermischung des Hauptausschusses mit der Gesellschafterversammlung ab und stellt klar, dass er weder regelmäßig die Zahlen/Informationen erhalte noch fordere er diese an. Er halte sich an die gesetzlichen Vorgaben und „verweigere“ sich nicht – insofern bittet er Herrn Boede um Prüfung seiner Wortwahl.

Auf Nachfrage der Hauptausschussmitglieder begründet Herr Boede, dass seine Fraktion diese Informationen als wichtigen Indikator für weitere Entscheidungen zum Bürgerbegehren Klinikum benötige.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird - auch in seiner Funktion als städtischer Vertreter in der Gesellschafterversammlung - beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung im März 2020 Bericht darüber zu erstatten:

- wie viele Überlastungsanzeigen von Beschäftigten der Klinikgruppe „Ernst von Bergmann“ jeweils in den Jahren 2017, 2018 und 2019 jeweils eingereicht wurden,

- wie viele dieser Überlastungsanzeigen jeweils auf welche Betriebsteile und Gesellschaften entfielen,
- in welchen Arbeitsbereichen und Beschäftigtengruppen jeweils die meisten Überlastungsanzeigen zu verzeichnen waren und
- welche Maßnahmen die Geschäftsführung zum Abbau dauerhafter Arbeitsüberlastung der Beschäftigten umgesetzt hat.

**Abstimmungsergebnis:**

mit 10 Nein-Stimmen **abgelehnt**,  
bei 2 Ja-Stimmen  
und 5 Stimmenthaltungen.

**zu 4.5 Fortführung Extavium**  
**Vorlage: 20/SVV/0021**  
Fraktion DIE LINKE  
zur Erledigung

Herr Dr. Werner, Geschäftsführer Extavium, erhält das beantragte Rederecht und führt zum Zuwendungsantrag für 2020 aus. Für das Verfahren habe die Verwaltung die Begleitung des Extaviums zugesagt. Dabei habe das Extavium sich eine konstruktive Zusammenarbeit vorgestellt, die jedoch nicht erfolgt sei.

Die GmbH sei mittlerweile ruhend gestellt und der Antrag auf Zuwendung wurde als gemeinnütziger Verein gestellt. Dieses sei sozusagen ein letzter Vorschlag zum Erhalt des Extaviums.

Die Beigeordnete für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, Frau Aubel, stellt den Hauptausschussmitgliedern anhand einer Powerpoint-Präsentation (dem Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt) die Chronologie des Extaviums, den aktuellen Sachstand, die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag 20/SVV/0021 sowie den Vorschlag der Verwaltung dar. Sie betont, dass nicht der Erhalt des Extaviums sondern die Förderung der Bildung Aufgabe ihres Geschäftsbereiches ist, daher dieser Vorschlag.

Herr Exner, Beigeordneter für Finanzen, Investition und Controlling, führt zum Thema Haushalt aus, dass die haushaltswirtschaftliche und –rechtliche Lage zu betrachten sei. Im Jahr 2019 gab es bereits eine Projektförderung und die Mittel dafür wurden aus dem Deckungskreis der Jugendförderung bereitgestellt und verbraucht, so dass eine weitere Haushaltsmittelübertragung nicht möglich ist. Eine andere Variante sei bei Unaufschiebbarkeit der Maßnahme. Die Voraussetzungen dafür, Weiterführung notwendiger Aufgaben der Kommune werden hier nicht erfüllt. Somit können erst mit Wirksamwerden des nächsten Haushaltes die Bereitstellung von Mitteln geprüft werden. Er betont, dass die Landeshauptstadt Potsdam derzeit keine neuen Zahlungsverpflichtungen eingehen könne; der Zuwendungsantrag sei aber eine solche.

Die sich anschließende Diskussion, dass das inhaltliche Angebot des Extaviums gewollt ist, die Kritik zur Wirtschaftsprüfung nach erst vier Monaten, der Empfehlung einer schnellstmöglichen Prüfung des neuen Zuwendungsantrages auf Förderfähigkeit, endet mit dem Vorschlag, den Antrag 20/SVV/0021 bis zur nächsten Sitzung am 26.02.2020 zurückzustellen.

### **Abstimmung:**

Der Antrag auf **Vertagung** der DS 20/SVV/0021 wird

**mit 15 Ja-Stimmen angenommen,**  
bei 2 Gegenstimmen.

## **zu 5        Mitteilungen der Verwaltung**

### **zu 5.1      Weiteres Vorgehen "Minsk"**

**Vorlage: 20/SVV/0121**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Goetzmann, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung, informiert darüber, dass die Verwaltung kurz vor der Baugenehmigung für den Ausbau des Minsk zum Museum stehe sowie über die weitere Auslegung der Änderung des Bebauungsplans im Frühjahr. Er kündigt eine neue Berichterstattung kurz vor der Sommerpause mit dem voraussichtlich abschließenden Sachstand an.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

### **zu 5.2      1. Kooperationsbericht zur interkommunalen Zusammenarbeit**

**Vorlage: 20/SVV/0133**

Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters

Der Oberbürgermeister informiert über die Absprache mit dem Landrat Herrn Blasig, Vorsitzender des Regionalvorstandes der Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming, zu folgenden Terminen am 27.05.2020 oder 10.06.2020 für eine gemeinsame Beratung und Setzung von Schwerpunkten.

Herr Dr. Scharfenberg bittet um eine baldige Verständigung der inhaltlichen Gestaltung dieser Sitzung. Weiterhin schlägt er vor, sich über einen Regionalbeauftragten zu einigen, sofern dieser vom Land eingerichtet wird.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

### **zu 5.3      Information zum Anforderungsprofil Uferwegbeauftragter**

Frau Krusemark, Fachbereich Recht und Versicherungen, informiert über die eingerichtete Stelle, die jetzt auch beschrieben wurde. Sie beinhaltet drei große Aufgaben im Anforderungsprofil. In den nächsten zwei Wochen werde die Ausschreibung gestartet.

**zu 5.4 Sachstand bezüglich der Veröffentlichung der Stellungnahmen zur Erwähnung des Freilands im Verfassungsschutzbericht**

GB Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Die Beigeordnete für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, Frau Aubel, gibt folgenden Zwischenstand:

Im Herbst 2019 wurden sowohl der Verfassungsschutz als auch das Freiland um Stellungnahmen gebeten. Diese sind auch in der Verwaltung eingegangen. Jedoch habe sich der Verfassungsschutz an die Verwaltung mit dem Hinweis gewandt, dass für die Stellungnahme keine Freigabe erteilt werde. Angeboten wurde ein Gespräch; jedoch habe die Verwaltung derzeit noch keine Rückinformation erhalten, ob und mit welchen Beteiligten das Gespräch stattgefunden habe.

**zu 6 Sonstiges**

**Stand der Ausschreibungen kommissarischen Fachbereichsleitungen**

Herr Jetschmanegg, Leiter des Geschäftsbereiches Zentrale Verwaltung, verweist auf die zwei Entwürfe, die den Hauptausschussmitgliedern vorliegen. Diese wurden mit Frau Trauth, Gleichstellungsbeauftragte, abgesprochen und nach Zustimmung der Hauptausschussmitglieder so gestartet. Er erörtert anschließend für die einzelnen Fachbereiche, welche Stellen altersbedingt nachzubesetzen sind und wo die Ausschreibung in Planung, vorbereitet bzw. abgeschlossen ist. Er sagt eine Übersicht als Anlage zur Niederschrift zu.

Auf die Nachfrage von Herrn Wollenberg zum Frauenanteil und den dazu ergriffenen Maßnahmen, nimmt Herr Jetschmanegg Stellung und verweist auf die intensive Zusammenarbeit mit Frau Trauth. Auf ihre Anregung hin wurden Passagen aufgenommen, die Frauen besonders ansprechen und für eine Bewerbung motivieren sollen.

Auf Nachfrage von Frau Laabs führt Herr Jetschmanegg aus, dass diese Stellen momentan mit internen fachlich qualifizierten Mitarbeitern bzw. Kolleginnen und Kollegen, die bisher die Vertretung wahrgenommen haben, kommissarisch besetzt wurden.

Frau Dr. Müller spricht die unterschiedliche Dotierung für die zwei vorgelegten Ausschreibungen an. Diese, so Herr Jetschmanegg, begründen sich neben den Kriterien von außer- und innerhalb u.a. in den unterschiedlichen Größenordnungen der Fachbereiche.

Der Oberbürgermeister verweist auf das Festhalten an der tariflichen Bezahlung.

**Projektstruktur Campus LHP**

Herr Reschke, Geschäftsbereich Zentrale Verwaltung, informiert die Hauptausschussmitglieder anhand einer Powerpoint-Präsentation (dem Ratsinformationssystem als Anlage beigelegt) über den Sachstand zur Neuplanung und Gestaltung eines Verwaltungscampus der Landeshauptstadt Potsdam.

Er geht dabei insbesondere auf die Ausgangslage und Zielstellung ein sowie auf die Gründung einer Projektstruktur, die Projektdauer und dem geplanten Verlauf.

Der Oberbürgermeister sagt eine Beteiligung der Nutzenden zu sowie die Berücksichtigung der Ideen und Hinweise der Stadtverordneten. Die Projektstruktur sei ähnlich wie beim Projekt Krampnitz und so auch die Berichterstattung. Anschließend stellt Herr Jetschmanegg die Beteiligten der Projektgruppe Frau Brandt, Herrn Beck und Herrn Reschke vor.

### **Information über die Möglichkeit einer Rückkehr der Klinikgruppe EvB in die Tarifbindung**

Die Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, Frau Meier, informiert, dass ein 100 prozentiger Einstieg in den TVöD ca. 14 Mio. Euro kosten und dieses ein Defizit in Höhe von 13,7 Mio. Euro in 2020 bedeuten würde.

Somit sollte eine schrittweise Rückkehr 2020/2021 entsprechend der P-Tabelle des TVöD für den Pflegedienst und ab 2022 ein weiterer stufenweiser Einstieg erfolgen. Dazu soll ein entsprechendes Konzept erarbeitet werden.

Herr Friederich bittet den Oberbürgermeister als Gesellschaftervertreter, eine 100 prozentige Rückkehr abzulehnen.

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass er für eine stufenweise Angleichung stehe und deswegen eine diesbezügliche Vorlage erarbeitet werde. Mit dem Bekenntnis der Stadtverordnetenversammlung als Entscheidungsvorlage, sei später mit Vorlage des Haushaltes zu entscheiden.

### **Information zum Cyberangriff auf das IT-System der Verwaltung, Folgen, eingeleitete Präventionen und mögliche Abflüsse oder Kompromittierung von Daten**

Der Oberbürgermeister informiert über die nunmehr erfolgreiche E-Mail-Kommunikation auch nach extern. Die Systeme werden schrittweise „hochgefahren“, wie zum Beispiel der Bürgerservice. Die Stärkung der IT-Sicherheit stehe im Fokus. Herr Schubert weist darauf hin, dass die Zusammenarbeit Land/Kommunen verbessert werden sollte, damit auch kleine Kommunen unterstützt würden. Ein Beispiel wären die Lösungen der Zusammenarbeit bei Cybersicherheit in Städten.

Herr Jetschmanegg erörtert, dass nach dem Cyberangriff am 22.01.2020 ein Verwaltungsstab eingerichtet wurde, in dem aus allen Geschäftsbereichen leitende Vertreter arbeiten. Der erste Schritt sei eine Prioritätensetzung gewesen; ebenso seien die Mitarbeitenden der Verwaltung für IT-Sicherheit sensibilisiert worden. Er gehe davon aus, dass in ca. 6 Wochen (schrittweise) alle Systeme wieder in Gang gesetzt wurden.

Auf die Nachfrage von Herrn Teuteberg, wann das Ratsinformationssystem für die Bürger wieder online sein werde und per E-Mail Anlagen versendet werden können, antwortet Herr Jetschmanegg, dass ihm bewusst sei, dass eine zeitnahe Umsetzung des online-Zugriffs auf das Ratsinformationssystem erfolgen müsse. Wann genau, könne er jedoch zum jetzigen Zeitpunkt nicht sagen; per E-Mail können Anlagen versendet werden, die nicht verschlüsselt sind.